

Das geteilte Deutschland im Europa des 20. Jahrhunderts

Deutschlandforschertagung organisiert vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam
Wittenberg, 8. bis 10. November 2007

„Die ‚De-De-Errologen‘ sind unfreundlich zueinander“, lautete das Fazit der Frankfurter Allgemeinen zur ersten DDR- bzw. Deutschlandforschertagung vor 40 Jahren in Tutzing. Ein solches Fazit hätte sich auch angesichts der teils heftigen Kontroversen in der Schlussdiskussion der Deutschlandforschertagung Anfang November 2007 in Wittenberg aufdrängen können. Dazu eingeladen hatten die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Bundeszentrale für politische Bildung und die Zeitschrift Deutschland Archiv. Die Organisation hatte diesmal das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam übernommen, nachdem im letzten Jahr das Institut für Zeitgeschichte München/Berlin dafür verantwortlich gewesen war.

Schon der Einleitungsvortrag von *Martin Sabrow* (Potsdam)¹ wie auch die folgende Podiumsdiskussion über das Tagungsthema „Das geteilte Deutschland im Europa des 20. Jahrhunderts“ (mit *Belinda Davis*, Rutgers, *Claudia Kraft*, Erfurt, *Andreas Rödder*, Mainz, und *Bernd Weisbrod*, Göttingen²) machten deutlich, dass die DDR-Forschung, aber auch die Deutschlandforschung insgesamt vor der Aufgabe steht, weniger nach dem Entwurf einer „Meistererzählung“ zu fahnden, die die Epoche der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Nationalgeschichte einzubetten erlaubt, sondern vielmehr sowohl makro- als auch mikrogeschichtliche Zugänge zu (den Menschen und Entwicklungen) dieser Zeit zu finden.

Dass dies gelingen kann, wurde im Laufe der Tagung ebenso deutlich wie die Schwierigkeiten, diese Herausforderung zu meistern. Einen Einblick in die verschiedenen Ansätze, Themen und Probleme geben die folgenden Sektionsberichte, die der Schlussdiskussion vorausgingen.

Sektion 1

Die Sektion 1, die in die drei Abschnitte „Der Krieg und seine Folgen“, „Die deutschen Gesellschaften und ihre Feinde“ sowie „Die Transformation des Politischen“ gegliedert war, befasste sich durchaus nicht – wie die Titel der einzelnen Abschnitte hätten vermuten lassen können – mit Fragen öffentlicher Repräsentation und der Aufstellung national-gesamtgesellschaftlicher Erinnerungs- und Partizipationsdiskurse. Vielmehr lösten viele der dort gehaltenen Vorträge die in den einleitenden Beiträgen von *Martin Sabrow* und *Bernd Weisbrod* angedeutete Notwendigkeit ein, neben der Ebene der Meistererzählung kleinräumige, lokale Prozesse zu betrachten.

Im ersten Panel wurden hinsichtlich der Bewältigung des Zweiten Weltkrieges in beiden deutschen Staaten drei unterschiedliche Ebenen in den Blick genommen: Neben den jeweiligen unterschiedlichen Erinnerungsdiskursen, die *Christina Morina* (College Park) thematisierte, analysierte *Malte Thießsen* (Hamburg) städtische Gedenkfeiern zum Bombenkrieg, die zu einer Zeit stattfanden, als dieser Themenbereich im nationalen

¹ In Auszügen dokumentiert in: Deutschland Archiv 41 (2008) 1, S. 121-130.

² Weisbrods Statement siehe Deutschland Archiv 41 (2008) 1, S. 131-135

öffentlichen Erinnerungsdiskurs überhaupt noch nicht präsent war. Er machte implizit deutlich, wie problematisch das Postulat des Tabubruchs im Falle des Bombenkriegs ist – ähnlich wie in der Diskussion um das „Zentrum gegen Vertreibungen“: In bestimmten Segmenten des öffentlichen Raumes bestand ein solches Tabu weder im Westen noch im Osten; die Gedenkfeiern orientierten sich jedoch nicht an einer nationalen Meistererzählung, sondern eher – in der DDR erwünscht, in der BRD eher, da im Rahmen der „Kampf dem Atomtod“-Bewegung, unerwünscht – an einer aus der Kriegserfahrung abgeleiteten, humanistisch-religiösen Kriegsgegnerschaft, die nicht zuletzt in der Verwendung ahistorisch-universalistischer Symbole, insbesondere der Nagelkreuze, deutlich wird.

Christiane Winkler (London) schließlich zeigte zum einen, wie Heimkehrer aus alliierter Kriegsgefangenschaft in Autobiografien und biografischen Interviews diese als Ort einer Erweckungsphase und inneren Umkehr zum Antifaschismus und/oder Antimilitarismus beschrieben. Zum anderen machte sie deutlich, in welchem Maße der jeweilige Erinnerungsdiskurs – Antifaschismus im Osten, tendenzielle Kontinuität im Westen – zu einer jeweils völlig anderen Rezeption dieser Konversion führte: Fügten diese sich in der DDR nahtlos in den herrschenden Diskurs ein, so galten die Akteure in der BRD, zumindest im Rahmen der Veteranenvereine, häufig rückwirkend als „Kameradenschinder“. Diese individuelle Erfahrungs- und Bewältigungsebene im gesellschaftlichen Kontext spielte jedoch nicht nur bei Winkler eine Rolle: Auch Morina verwies darauf, in welchem Maße die persönliche Kriegserfahrung Entscheidungen politischer Entscheidungsträger formte. Winkler betonte zudem die Dimension der Klassen- oder Schichtzugehörigkeit: Während ehemalige Offiziere als Angehörige gesellschaftlicher Eliten einen persönlichen Deutungsbedarf mit dem Anspruch auf Deutungshoheit verbanden, blieben Konversionserfahrungen und ihre Konsequenzen bei den ehemaligen Mannschaften eher individuell und persönlich konnotiert.

Aus der Zusammenschau dieser drei Beiträge ergibt sich sicherlich die Notwendigkeit, zwischen formiertem Gedächtnisdiskurs, lokaler (und zusätzlich: milieubedingter) erinnernder Vergemeinschaftung und individueller Erinnerung zu unterscheiden. Gerade am Beispiel des städtischen Gedenkens lässt sich die Frage aufwerfen, wann und unter welchen Umständen öffentliches Gedächtnis und individuelle Erinnerung einander entsprechen können. Außerdem ergeben sich Anschlussmöglichkeiten an die allgemeine kulturwissenschaftlich-historiografische Diskussion. So wäre es beispielsweise nicht uninteressant, einen Vergleich zwischen Konversionserfahrungen in anderen modernen oder historischen Kriegen – etwa dem Vietnam-Krieg oder dem Dreißigjährigen Krieg – zu untersuchen. Von Interesse wäre dabei vor allem die Frage, unter welchen Umständen Krieg seitens seiner unmittelbaren Akteure als illegitim verstanden wird.

Die unmittelbar vergleichende Perspektive der ersten drei Vorträge setzte sich im zweiten Panel mit dem Beitrag von *Tilman Siebeneicher* (Göttingen) zunächst fort. Siebeneicher führte aus, wie in beiden deutschen Staaten in den Fünfzigerjahren Feindvermutungen und -konstruktionen zur Wiederaufnahme gesellschaftlicher Mobilisierungsmodelle aus der Weimarer Republik führten – allerdings freilich unter umgekehrten Vorzeichen: Während die Kampfgruppen der Arbeiterklasse sich aus der revolutionären kommunistischen Arbeiterbewegung herleiteten, berief sich das Technische Hilfswerk (THW) auf den Technischen Notdienst, der 1919 gegen Streiks gegründet worden war. Der latente Bürgerkrieg der Zwischenkriegszeit setzte sich so – diesmal in unterschiedlichen Territorien – fort, hatte jedoch vor allem innenpolitische Absichten: Das THW zielte – bis zur Verabschiedung der Notstandsgesetze – auf die Bekämpfung oder wenigstens Milderung von wilden Streiks, während die Arbeiterkampfgruppen zur gesellschaftlichen Formierung beitragen sollten, auch wenn sie sich weitgehend in männerbündlerischer Vergemeinschaftung alter Kommunisten erschöpften.

Paul Maddrell (Aberystwyth) beschäftigte sich mit westlicher Spionage in der DDR vor dem Mauerbau; er führte aus, dass das Reservoir an Informanten nicht zuletzt durch Migranten aus dem östlichen Deutschland besonders hoch war. Diese wiederum konnten den westlichen Geheimdiensten Ansprechpartner in der DDR selbst nennen und taten dies in der Regel gern. Maddrells These, die staatliche Reaktion auf die Spionage –

insbesondere die entsprechenden Verhaftungen und Anklagen – hätte sehr weitgehend dem tatsächlichen Umfang nachrichtendienstlicher Tätigkeit entsprochen, rief lebhaften Widerspruch hervor. Keine Rolle spielte bedauerlicherweise die Frage nach der Subjektivität der Informanten, nach ihren womöglich eigensinnigen Absichten und Praktiken, obwohl genau diese Frage für einen Vergleich mit den informellen Mitarbeitern der Staatssicherheit der späteren Jahre von großem Interesse wäre.

Über ein Editionsprojekt der BIRTHLER-Behörde, in dem zunächst für die Jahre 1969 – 1981 Stimmungsberichte des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) veröffentlicht werden, berichtete *Jens Gieseke* (Berlin). Er machte deutlich, dass mit diesen Quellen vorsichtig umgegangen werden muss: In der Regel betonten sie allgemeine Zustimmung zur Politik der Regierung und wiesen bis in die Siebzigerjahre Kritik als marginal und von Außenseitern stammend aus. Gleichwohl stehen sie als Quelle für ein differenziertes Bild der „kleinen Öffentlichkeit“ zur Verfügung, da sie insbesondere in der späteren Zeit diejenigen Punkte herausstellten, an denen sich – vor allem im Bereich der Versorgung mit Konsumgütern – Unmut regte. Gieseke betonte, dass sie allein valide Aussagen nicht möglich machten und durch weitere Quellen – demoskopische Angaben aus dem Westen und retrospektive Ego-Quellen – zu korrigieren seien.

Dominik Rigoll (Berlin) führte in seinem Beitrag über den „Radikalenerlass“ (und seinen Vorläufer, den Adenauer-Erlass von 1950) aus, dass dieser ohne die Existenz der DDR nicht verstanden werden könne: Obwohl es in den Siebzigerjahren eine ganze Reihe weitaus radikalerer und militanterer linker Gruppierungen im Westen gegeben hat, richtete sich der Ausschluss mutmaßlicher Kommunisten und Revolutionäre praktisch ausschließlich gegen Angehörige der DKP. Rigoll betonte für beide Erlasse, dass sie nicht eine reale Gefahr abwendeten, die weder seitens der späten KPD noch seitens der DKP je bestanden hat: Selbst die jeweiligen Verfassungsschutzberichte betonten die Irrationalität der zur Legitimation herangezogenen Bedrohungsszenarien. Stattdessen konstituierte sich damit die BRD – auch im Gegensatz zu den übrigen westlichen Demokratien – als Staat ohne Kommunisten, so, wie sich die DDR als Staat ohne Antikommunisten verstand. Damit betonten auch die Beiträge Maddrells und Rigolls die Unabdingbarkeit einer doppelten Perspektive in der Deutschlandforschung: nicht allein durch die unmittelbare Nachbarschaft, sondern auch die unmittelbare, jeweils negative Bezug- und Einflussnahme. Die Bezüge, die beide zu den westlichen Staaten – Rolle der westlichen Geheimdienste; Proteste François Mitterands gegen den Radikalenerlass – herstellten, lassen es schließlich nicht nur erforderlich erscheinen, in einen Dialog mindestens mit der Geschichte Europas einzutreten, sondern ebenso Bezüge zu und zwischen den übrigen Staaten des Warschauer Paktes – und nicht nur der Sowjetunion – herzustellen. Die Ansätze, die Anfang der Neunzigerjahre in einem von Hans Lemberg herausgegebenen Sammelband vorgestellt wurden, sind bislang anscheinend nicht weiter verfolgt worden.³

Die drei Vorträge im letzten Panel der Sektion befassten sich schließlich mit verschiedenen Formen und Ebenen gesellschaftlicher Formierung. *Annette Schuhmann* (Potsdam) beschrieb, wie persönliche, grenzübergreifende Netzbildungen von Betriebsleitungen in der DDR angeknüpft und verwendet wurden, um Lieferengpässe bei Rohstoffen oder kurzfristige Arbeitsaufkommen mithilfe von Unternehmen und Arbeitskräften aus Polen, Ungarn und Jugoslawien auszugleichen. Da dieses Vorgehen erfolgreich war, wurde es als „brauchbare Illegalität“ geduldet, auch wenn es an unternehmerische Initiative gemahnte und Arbeitsschutzbestimmungen systematisch missachtete. Der Umfang war, wie Schuhmann ausführte, beträchtlich: Bis zu 40 Prozent der Arbeiten in bestimmten Sektoren der Baubranche wurden auf diese Weise ausgeführt. Schuhmann forderte daher, das bisher nur auf marktstrukturierte Gesellschaften angewandte Netzwerkmodell auch für die Analyse des Staatssozialismus anzuwenden.

3 Hans Lemberg, Sowjetsystem und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg 1991.

Sabine Mecking (Düsseldorf) widmete sich anschließend der Entstehung, der Form und den Erfolgsaussichten der „Aktion Bürgerwille“, die sich in den Siebzigerjahren gegen die Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen richtete. Mecking führte aus, dass sich der Unmut vor allem gegen Eingemeindungen – und damit nicht nur den Verlust der Kreisfreiheit, sondern auch lokaler Identität – richtete. Sie differenzierte auch die Gegenüberstellung einer offenen, partizipatorischen Gesellschaft im Westen und einer geschlossenen, nichtpartizipatorischen im Osten: Der Versuch, über ein Volksbegehren einen Volksentscheid zu erzwingen, scheiterte, da statt des geforderten Fünftels der Wahlberechtigten lediglich 6 Prozent das Begehren unterzeichnet hätten. Mecking betonte, dass dies angesichts einer FDP, die mit lediglich 5 Prozent der Stimmen immerhin im Landtag vertreten war, durchaus nicht zu vernachlässigen gewesen sei. Von besonderem Interesse war zum einen, dass über die „Aktion Bürgerwille“ es insbesondere in den Städten zu einem Mentalitätswandel und zu einem quasi basisdemokratischen Staatsverständnis kam. Zum anderen betonte Mecking, dass die identitätsbezogenen Themen dieser Bürgerbewegung bis heute remobilisierbar bleiben – etwa in Fußballspielen, in denen Bochum und Wattenscheid aufeinander treffen.

Schließlich referierte *Francesca Weil* (Dresden) ihre Studien zu den Runden Tischen als Beweis der Fähigkeit zur Selbstorganisation und als Herstellung von Handlungsfähigkeit im Chaos des Übergangs. Weil betonte, dass Kommunikationsformen und -effektivität bei den Runden Tischen häufig weitaus besser gewesen seien als etwa im Bundestag. Gleichzeitig zeigte sich die etablierte politische Klasse zunächst äußerst beunruhigt über die Entwicklungspotentiale dieser Einrichtung, die allerdings lediglich als Übergangsinstitutionen vorgesehen waren. Die Runden Tische unterschieden sich sowohl hinsichtlich ihrer Entstehungszeit und Arbeitsweise als auch in Bezug auf ihre Akteure, Selbstverständnis und Funktion. Ihre Zusammensetzung wurde jeweils von den Beteiligten nach den örtlichen Bedingungen ausgehandelt. Die grundsätzliche Gegensätzlichkeit der Runden Tische und des Parlaments wurde nicht zuletzt auch daran deutlich, dass sich nach den Wahlen von 1990 die Wahlsieger aus diesen Institutionen zurückzogen. Insgesamt ergibt sich das Bild einer hochinteressanten und in mancherlei Hinsicht vielversprechenden demokratischen Institution, deren Existenz und Wirksamkeit durch die rasche Vereinigung der beiden deutschen Staaten erledigt wurde.

Insgesamt entstand in der Sektion kaum der Eindruck, dass die Deutschlandforschung als eigenständiges Interessenfeld innerhalb der europäischen und/oder globalen Geschichtswissenschaft obsolet geworden wäre. Sie kann im Hinblick auf die Dualität der beiden deutschen Staaten viel zur allgemeinen Diskussion beitragen, insbesondere wenn sie etwa kultur- und gesellschaftswissenschaftlich und unter Verknüpfung von Makro- und Mikroperspektive betrieben wird. Dazu wird es allerdings erforderlich sein, dass nicht nur Konzepte und Paradigmen aus den „allgemeinen“ Kultur- und Gesellschaftswissenschaften rezipiert werden, sondern ein wirklicher Austausch mit den Nachbardisziplinen der zeitgeschichtlichen Forschung stattfindet.

Michael G. Esch, Düsseldorf

Sektion 2

Die Sektion 2 der Konferenz bestand aus drei recht unterschiedlichen Panels (zu den Themen Wirtschaft, Gesellschaft und Medien) und vereinte darunter wiederum recht disparate Beiträge. Im Folgenden wird eine gewisse Systematisierung versucht, sodass einige Beiträge leider unerwähnt bleiben.

Direkt zum Titel des ersten Panels „Wirtschaftlicher Strukturwandel im geteilten Deutschland“ passte nur der erste Beitrag von *André Steiner* (Potsdam), der sich kritisch mit dem theoretischen Konzept „Strukturwandel“ und seiner Leistungsfähigkeit im intersystemischen Vergleich befasste. Besonders die abweichenden Zuordnungen in der west- bzw. der ostdeutschen Statistik zu den einzelnen Sektoren setzen einem solchen Vergleich Grenzen. Trotz dieser Einschränkungen sei das Konzept empirisch durchaus wertvoll und bringe aufschlussreiche Ergebnisse auch im deutsch-deutschen Vergleich hervor.

In den anderen Beiträgen des Panels ging es weniger um Strukturwandel als einfach um einen Wandel in der Zeit, einen Prozess also, der – so er positiv verläuft – gern als Modernisierung bezeichnet wird. *Michael Heinz* (Rostock) machte eine solche Modernisierung für die Landwirtschaft der Siebziger- und Achtzigerjahre in Ost- und Westdeutschland anhand verschiedener Kriterien wie Konzentration, Intensivierung und Chemisierung fest, *Silke Fengler* (Wien) legte am Beispiel des deutsch-deutsch geteilten Unternehmens Agfa dar, wie bestimmte, durch Technik und Außenhandelsbeziehungen geprägte Pfadabhängigkeiten innerbetriebliche Veränderungen verhindern und Unternehmen zum Verhängnis werden können. Ähnliche Innovations-trägheit diagnostizierte *Juliane Schütterle* (Jena) auch bei der SDAG Wismut, deren Niedergang in den 1980er-Jahren sie nachzeichnete. Die Wismut ist zudem ein Beispiel für den großen Einfluss, den politischer Wandel auf wirtschaftliche Prozesse haben kann.

Das zweite Panel widmete sich sozial- bzw. kulturpolitischen Institutionen oder Konzepten und ihrer Entwicklung im Spannungsfeld deutsch-deutscher Systemkonkurrenz, wobei die einzelnen Beiträge beziehungs-geschichtliche Aspekte in Form von Verflechtung, Transfer oder gegenseitiger Abgrenzung unterschiedlich stark herausarbeiteten. Eindrucks-voll skizzierte *Monika Mattes* (Potsdam) die Diskussion um die Ganztags-schule in der Bundesrepublik und zeigte, in welcher Absicht, von wem und in welchen Phasen in dieser Diskussion explizit auf das Schulsystem der DDR verwiesen bzw. genau dieser Bezug geleugnet wurde. Auch *Christopher Görlich* (Potsdam) hob in seinem Beitrag zum Tourismus in West- und Ostdeutschland die gegenseitige Abgrenzung von den Konzepten und Organisationsformen des jeweils anderen hervor. Im dem ansonsten sehr interessanten Beitrag von *Thomas Schmidt-Lux* (Leipzig) zur Rolle der Bildungseinrichtung Urania in den jeweiligen Säkularisierungsstrategien der beiden Teilstaaten blieb es hingegen bei einer eher getrennten Abhandlung für Ost- und Westdeutschland, während Wechselwirkungen außen vor blieben.

Das dritte Panel hieß ganz unlyrisch „Kultur und Medien“, hätte aber auch „Film und Literatur“ genannt werden können. *Patrick Major* (Warwick) befasste sich mit britischen und ostdeutschen Spionagethrillern und deren Bezug auf die Berliner Mauer. Anschaulich und mit offensichtlicher Sympathie für das untersuchte Genre zeigte Major, inwiefern die Mauer zur Projektionsfläche für Autoren und Filmemacher auf ihren beiden Seiten wurde. Neben viel Kalter-Kriegs-Propaganda, Kulturpessimismus und Knabenträumen war besonders ein Motiv auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs einflussreich: die Sehnsucht, einmal dahinter blicken zu können. *Stefan Soldovieri* (Toronto) zeigte wiederum, wie die propagandistische Funktion von Kultur und Medien in der DDR zeitweise von den Kunstschaffenden umgekehrt und für ihre Zwecke genutzt wurde. Am Beispiel der Darstellung des westdeutschen Rechtssystems in DEFA-Filmen der Sechzigerjahre legte er dar, wie hier vordergründig die DDR-offizielle Diskreditierung der Rechtsprechung in der BRD aufgegriffen und schließlich aber genutzt wurde, um das eigene, ostdeutsche Rechtssystem anzugreifen. Doch war auch die so verhüllte Kritik am eigenen Staat in der staatsoffiziellen Filmproduktion nur eine kurze Zeit lang möglich.

Jennifer Schevardo, Berlin

Sektion 3

Das Thema Migration ist geradezu prädestiniert dafür, der Vorgabe der Tagung, die Geschichte des geteilten Deutschlands in den größeren Zusammenhang der europäischen Geschichte einzuordnen, gerecht zu werden, hat es doch schon per definitionem grenzüberschreitenden Charakter. Mehrere Vorträge zeigten sich gleich in doppeltem Sinne „grenzüberschreitend“, indem sie auf die Zusammenhänge zwischen innerdeutschen und transnationalen Wanderungsbewegungen aufmerksam machten. Darüber hinaus rückten deutsch-deutsche Vergleiche ins Blickfeld.

Das erste Panel „Migrationsdiskurse in Ost und West“ beschäftigte sich mit der öffentlichen Rede über verschiedene Formen der Migration in Deutschland, wobei die im Titel implizierte diskursanalytische Perspektive nur in Ansätzen erkennbar war. Dennoch waren die beiden aufeinander bezogenen Vorträge von *Bill Niven* (Nottingham) und *Carola Hähnel-Mesnard* (Paris) über die literarische Verarbeitung von Flucht und Vertreibung in Ost- und Westdeutschland aufschlussreich. In beiden deutschen Staaten, so die Referenten, galt das Thema der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten lange Zeit als Tabu. Obwohl in Westdeutschland bereits Ende der Fünfzigerjahre eine Fülle von Literatur zum Komplex Flucht und Vertreibung erschienen war, entwickelte sich dessen angebliche Tabuisierung im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik zu einem Topos, auf den immer dann wieder Bezug genommen wurde, wenn etwas Neues zum Thema veröffentlicht wurde. Auf diese Weise konnten entsprechende Neuerscheinungen dann öffentlich als „Tabubruch“ deklariert werden. Auch in der DDR, so zeigten Niven und Hähnel-Mesnard, thematisierten schon in den Fünfzigerjahren zahlreiche, auch populäre Werke die Vertreibung der Deutschen. Allerdings stand das Thema selten im Mittelpunkt der Romane. Während die DDR-Autoren zumeist den Blick in die Zukunft richteten und erfolgreiche Integrationsgeschichten erzählten, dominierte bei westdeutschen Autoren der Blick zurück und die Erinnerung an die verlorene Heimat.

Thomas Niehr (Aachen) betonte in seiner Analyse des Diskurses über die Ausgrenzung und Ablehnung von Fremden in der westdeutschen Presse die Notwendigkeit der diachronen Perspektive. Der Schwerpunkt der Debatte verlagerte sich von den Heimatvertriebenen und DDR-Flüchtlingen in den Fünfzigerjahren über die sogenannten Gastarbeiter in den beiden darauf folgenden Jahrzehnten hin zu den Asylsuchenden in den Achtzigerjahren. Seit der Asylrechtsreform von 1993 schließlich seien in der öffentlichen Diskussion die Grenzen zwischen den unterschiedlichen Hintergründen der Zuwanderung zusehends verschwommen; zwischen politisch und wirtschaftlich motivierter Migration wurde nun kaum noch differenziert. Niehr machte auch auf interessante Akzentverschiebungen aufmerksam: So war der Begriff „Flüchtling“ in den Fünfzigerjahren negativ behaftet, während er in den Achtzigerjahren – in der Wortverbindung „politischer Flüchtling“ – in positiver Abgrenzung vom „Asylanten“ oder „Asylbetrüger“ verwendet wurde. Das öffentliche Bild vom „Fremden“ spielte auch in *Lutz R. Reuters* (Hamburg) Beitrag zu dem Projekt einer Schule für Mosambikaner in der DDR eine Rolle. Die anfängliche Solidarität mit den Schülern sei im Laufe weniger Jahre Ablehnung und Fremdenfeindlichkeit gewichen, die sich in rassistischen Stereotypen vom „dummen“, „aggressiven“ und „sexuell hochaktiven“ Afrikaner äußerte. Hier wie im Vorwurf der angeblichen Privilegierung der Migranten zeigen sich deutliche Parallelen zur zeitgenössischen Diskussion in Westdeutschland.

Die Interdependenz zwischen deutsch-deutscher und transnationaler Migration stand im Mittelpunkt des zweiten Panels. *Patrice Poutrus* (Berlin) nahm sich eines Themas an, das von dem in den Fünfzigerjahren dominierenden Problem der Integration der Vertriebenen und DDR-Flüchtlinge in den Hintergrund gedrängt wird: der Asylpolitik der Bundesrepublik in ihren Anfängen. Poutrus betonte die prinzipielle Spannung, die zwischen dem Streben nach der Durchsetzung der allgemeinen Menschenrechte – Hintergrund für das Asylrecht – und der Souveränität des Nationalstaates über seine Grenzen besteht. Obwohl die Bundesrepublik nominell über eine der liberalsten Asylgesetzgebungen verfügte, hatte ihre Anwendung in der Praxis abwehrenden Charakter, wie Poutrus am Beispiel der Ungarn-Flüchtlinge des Jahres 1956 zeigte. Eines ebenfalls vernachlässigten Themas nahm sich *Jan Sternberg* (Osnabrück) mit der Auswanderung aus der Bundesrepublik in den Fünfzigerjahren an. Er wies darauf hin, dass Flüchtlinge und Vertriebene unter den größtenteils nach Kanada, Australien und in die USA auswandernden Deutschen überproportional vertreten waren. Gleichwohl kennzeichnete er diese Wanderungsbewegung nicht als Kriegsfolge, sondern vielmehr als letzte Phase des bis in das 19. Jahrhundert zurückreichenden nordatlantischen Migrationsprozesses. Damit entsprach er als einer der wenigen Tagungsteilnehmer auch der Anregung der Veranstalter, die „säkulare Perspektive“ in seine Betrachtung einzubeziehen.

Kontrovers diskutiert wurden die Vorträge von *Heike Knortz* (Karlsruhe) über Gastarbeiter als Objekt transnationaler Außenpolitik und *Jörg Roesler* (Berlin) über den Zusammenhang von innerdeutscher und transnationaler Migration. Roesler betonte, dass bei der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Zuwanderung aus der DDR und dem westdeutschen Wirtschaftswachstum neben quantitativen auch qualitative Aspekte berücksichtigt werden müssten und wies auf den extensiven Charakter des Wirtschaftswachstums in beiden deutschen Staaten einerseits und die überdurchschnittliche berufliche Qualifikation der DDR-Flüchtlinge andererseits hin. Letztere hätten nach dem Mauerbau nur bedingt durch die zumeist gering qualifizierten Arbeitskräfte aus Südeuropa ersetzt werden können. Knortz' These, nach der die Anwerbeverträge der Bundesrepublik für italienische Arbeitskräfte weniger arbeitsmarktpolitisch motiviert als vielmehr von handels- und außenpolitischen Interessen geleitet gewesen seien, stieß auf einigen Widerspruch. In der Diskussion wurde deutlich, dass zwischen verschiedenen Formen und zeitlichen Phasen der Arbeitskräfteanwerbung differenziert werden muss. Hingewiesen wurde auch auf das prinzipielle Problem der geringen Steuerungsfähigkeit von Wanderungsbewegungen. Migrationspolitische Maßnahmen hätten häufig nachholenden bzw. nachträglich legitimierenden Charakter für eine im Kern nicht beeinflussbare soziale Tatsache. Dies galt beispielsweise auch für das westdeutsche Notaufnahmegesetz, das nominell die Zuwanderung aus der DDR begrenzen sollte, faktisch aber im Laufe der Fünfzigerjahre zum symbolpolitischen Instrument geriet. Einig waren sich die Diskutanten darin, dass es sich bei der Migration um ein komplexes Politikfeld handelt, das von – häufig konfligierenden – wirtschafts-, sozial-, außen- und innenpolitischen Interessen bestimmt wird.

Der Widerspruch zwischen den intendierten und den tatsächlichen Wirkungen politischer Maßnahmen kam auch in den drei – recht disparaten – Vorträgen des letzten Panels „Zwischen Flucht und Ausreise“ zum Ausdruck. Gemeinsame Klammer der Vorträge war der Versuch politischer Steuerung von Migration. *Bettina Effner* (Berlin) machte in ihrem Vortrag die ambivalente Funktion und Wirkung der Unterbringung von Flüchtlingen in Lagern deutlich. Symbolisch zum „Tor zur Freiheit“ stilisiert und als erste Stufe der Integration intendiert, dienten die Aufnahmelager für die DDR-Flüchtlinge tatsächlich auch der Kontrolle der Ankommenden. Dauerte der Lageraufenthalt sehr lange, konnte er sich auch als desintegrierender Faktor erweisen. Hier bestehe aber, so betonte Effner, noch erheblicher Forschungsbedarf. *Matthias Judt* (Potsdam) widmete sich den wirtschafts- und finanzpolitischen Aspekten des schon zeitgenössisch umstrittenen Freikaufs von DDR-Häftlingen durch die Bundesregierung. Die ursprüngliche Absicht der DDR-Führung, die auf diese Weise erzielten Einnahmen der Versorgung der Bevölkerung zugute kommen zu lassen, ließ sich nicht realisieren. Aufgrund der Verschuldung des Staates und der virulenten Kreditkrise ließ sich nur ein geringfügiger Teil des Geldes für den Import von Konsumgütern einsetzen.

Fabian Klabunde (Hamburg) verglich die Versuche von DDR-Regierungsstellen, Ausreisewillige mittels „Aussprachen“ von ihrem Vorhaben abzubringen, mit der Methode des „Forderns und Förderns“ der Arbeitsagenturen im Hinblick auf ALG II-Empfänger in der heutigen Bundesrepublik. In beiden Fällen, so Klabunde, werde durch „argumentatives Überreden“ und die Androhung von Sanktionen Druck ausgeübt, um die Betroffenen zum „gewünschten“ Verhalten zu bringen. Der Vortrag rief energischen Widerspruch hervor. Zwar seien hinsichtlich einiger weniger Aspekte – insbesondere im Hinblick auf die erzieherische Funktion der Gespräche – gewisse Parallelen zu erkennen, doch hinke der Vergleich angesichts der völlig verschiedenen Politikfelder und der ganz unterschiedlichen politischen und juristischen Rahmenbedingungen.

Die Beiträge der Sektion haben das breite Spektrum an Fragestellungen und methodischen Zugriffen aufgezeigt, zu denen das Thema Migration anregt. Die Beteiligung von Sprach- und Literaturwissenschaftlern, Historikern, Politologen und Erziehungswissenschaftlern verlieh den Diskussionen interdisziplinären Charakter. Die Vorträge haben auch Möglichkeiten und Grenzen der viel beschworenen „Europäisierung“ der

deutschen Zeitgeschichte deutlich gemacht. Europäisierung muss nicht zwangsläufig vergleichende Analyse bedeuten und in eine gesamteuropäische Betrachtung münden. Fruchtbar können vielmehr auch Fragen nach gegenseitiger Perzeption, nach Interaktionen und nach transnationalen Wirkungen nationaler Entwicklungen sein. Bei manchen Themen, wie etwa der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Dimension der Migration in die Bundesrepublik, drängt sich die europäische Perspektive geradezu auf. In anderen Zusammenhängen erweist sich auch der europäische Rahmen noch als zu eng. Schließlich gibt es Themenfelder, bei denen eine Konzentration auf die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte sinnvoll erscheint. Wie vielfältig die Möglichkeiten für diachrone und synchrone Vergleiche schon im nationalen Rahmen sind, hat etwa die Diskussion um die Darstellung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Literatur in Ost und West demonstriert.

Henrik Bispinck, Berlin

Sektion 4

Die vierte Sektion umfasste drei Panels mit insgesamt zehn Vorträgen, die sich trotz unterschiedlicher disziplinärer Zugänge alle mit subjektiven Wahrnehmungs- und Bewertungsmustern von gesellschaftlichen Umbrüchen in verschiedenen historischen Kontexten beschäftigten und somit die von Bernd Weisbrod aufgeworfene Frage nach Inhalt und Funktionsbedingungen „gelebter Wirklichkeit“ aufgriffen.

Inhaltlich stand zunächst das Verhältnis zwischen individuellen Entwicklungen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen im Vordergrund. Auf dem ersten Panel zu „politischen Umbrüchen und intellektueller Selbstverständigung“, wo über „liberale Hochschullehrer und das Trauma von 1968“ (*Riccardo Bavaj*, St. Andrews), über biografische Brüche und Kontinuitäten im Fall Rudolf Bahros (*Thomas Schubert*, Caputh) sowie über „Geschichts(re)konstruktionen“ bei Christa Wolf vor und nach 1989 (*Renate Rechtien*, Bath) referiert und diskutiert wurde, trat das Moment der Ungleichzeitigkeit zwischen individuellen und gesellschaftlichen Wandlungen besonders deutlich hervor. Anhand der Darstellung von Übereinstimmungen und Diskrepanzen, die sich im Verlauf der Zeit zwischen den subjektiven Selbstzuschreibungen der untersuchten Persönlichkeiten und der an sie gesetzten öffentlichen Erwartung entwickelten, wurde nicht nur anschaulich aufgezeigt, inwieweit jede Zeit „ihre“ Intellektuellen hat(te), sondern auch, wie schnell sich aus der Sicht des Einzelnen öffentliche Handlungsspielräume gewinnen und auch wieder verlieren lassen.

Darüber hinaus ging es um die Frage nach Funktion und Bedingungen individueller Anpassung an äußere, gesellschaftspolitische Veränderungen. Anhand der Vorträge des zweiten Panels zu „Autobiografien im Kontext“, die unter anderem Lebensverläufe und biografische Selbstdarstellungen von hohen SED-Funktionären (*Annette Leo/Jeannette van Laak*, Jena) sowie die Autobiografien von westdeutschen DDR-Agenten (*Helmut Müller-Enbergs*, Berlin) behandelten, wurde nicht nur deutlich, wie wichtig es für die Analyse ist, zwischen der (autobiografischen) Selbsteutung und „externen“ Interpretationen zu differenzieren. Die vorgestellten Fallstudien belegten darüber hinaus erneut, dass historische Zäsuren nicht notwendigerweise subjektiv als Brüche erfahren werden müssen – und umgekehrt. Im Ergebnis ergibt sich daraus die nicht wirklich neue, gleichwohl wichtige Erkenntnis, dass die übergeordnete Frage nach Kontinuität und Wandel geschichtlicher Ereignisse und Erfahrungen somit je nach Standpunkt und Bezugsgruppe mitunter unterschiedlich zu beantworten ist. Vor diesem Hintergrund wird die Frage nach den Grenzen und Möglichkeiten individueller Umstellung und Anpassung nach gesellschaftlichen Umbrüchen aufgeworfen, die im Rahmen der Diskussionen des Panels an der einen oder anderen Stelle angedeutet, jedoch nicht wirklich aufgegriffen und beantwortet wurde.

Sowohl im zweiten als auch auf dem mit „Generationen“ überschriebenen dritten Panel, wo unter anderem die „Vaterlosigkeit als Kriegserfahrung“ nach 1945 (*Lu Seegers*, Gießen) behandelt und eine Typologie von Erinnerungen an die DDR (*Frank Hoffmann/Silke Flegel*, Bochum) vorgestellt wurden, wurden schließlich die

Bedingungen angesprochen, unter denen (auto-)biografische Erfahrungen mit gesellschaftlichen Brüchen in der Öffentlichkeit, aber auch in der Wissenschaft thematisiert werden. Vor allem im Anschluss an den Vortrag von *Henrik Eberle* (Halle/Saale) über „Hitler, Ulbricht und Honecker in den Autobiografien ihrer Mittäter“ wurde dabei kontrovers über diejenigen Faktoren diskutiert, die für die öffentliche Selbstinszenierung eine Steigerung des eigenen „Marktwertes“ wichtig sind. Daneben blieb die Frage, welche überindividuelle Bedeutung autobiografischen Texten zukommt, allerdings weitgehend unbestimmt. Während die Relevanz subjektiver Erfahrungen und Bewertungen im Fall Prominenter auf den ersten Blick scheinbar gegeben ist, ist hier wie bei der Analyse von (Auto-)Biografien „normaler“ Personen(gruppen) jedoch gleichfalls zu fragen, welche Erkenntnisse daraus für die „Gesamtgesellschaft“ gewonnen werden können.

Leider wurde die Möglichkeit, die im Film „Novembertage“ von Marcel Ophüls gezeigten unterschiedlichen, miteinander konkurrierenden Wirklichkeiten rund um den Mauerfall vom 9. November 1989 als Anlass zu nehmen, nach den Schnittstellen und Schnittmengen unterschiedlicher Referenzrahmen zu fragen, im Rahmen dieser Sektion nicht weiter genutzt. Den Blick auf solche Überschneidungen zu richten könnte die Aufgabe künftiger Tagungen sein. Unter anderem hilfreich hierfür wäre sicherlich der Rückgriff auf den Begriff der Generation, der zwar im Verlauf der Diskussionen der verschiedenen Panels immer wieder und zumeist deskriptiv verwendet wurde, ohne dass jedoch das analytische Potenzial dieses Konzeptes aktiv genutzt wurde, das Thomas Ahbe nochmals in Erinnerung gerufen hatte.

Nina Leonhard, Strausberg

Schon die unterschiedlichen Einschätzungen der Sektionen bzw. der Beiträge und Diskussionen dort zeigen, dass der Ertrag dieser Deutschlandforschertagung ein ambivalenter ist. Auf der einen Seite ist deutlich (geworden), dass die Geschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945 keineswegs eine „terra incognita“ ist, wie oft behauptet wird, wenngleich die Vermittlung in die Öffentlichkeit und im Besonderen in die Schulen offenbar nur sehr bedingt gelingt. Andererseits verdeutlicht der Anspruch auf den internationalen Vergleich, dass die Deutschlandforschung – und dies gilt gerade auch für die DDR-Forschung – relativ selbstbezogen ist, obwohl der Blick über den (nationalen) Tellerrand durchaus gewagt wird, wenngleich zuweilen nicht explizit.

Die Deutschlandforschung steht somit vor der Aufgabe, sich weniger in der Selbstreflexion zu ergehen, die ohnehin intensiv betrieben wird (wie die Schlussdiskussion in Wittenberg erneut zeigte). Welche Perspektiven das Forschungsfeld sowohl im innerdeutschen wie im internationalen Vergleich als auch im interdisziplinären Dialog hat, ist hier in etlichen Vorträgen und Diskussionen durchaus deutlich geworden.

Albrecht Wiesener, Potsdam und Marc-Dietrich Ohse, Hannover

Kontakt:

Deutschland Archiv – Zeitschrift für das vereinigte Deutschland

Redaktion: Dr. Marc-Dietrich Ohse

Misburger Str. 81d

D-30625 Hannover

Tel. 0511-56 37 48 98

Fax 0511-56 37 48 99

E-Mail: deutschlandarchiv@wbv.de

Albrecht Wiesener
Zentrum für Zeithistorische Forschung
Am Neuen Markt 1
14467 Potsdam
Tel.: 0331/ 28991-58
Fax: 0331/ 28991-40
E-Mail: wiesener@zzf-pdm.de
Tagungsbericht aus:
Deutschland Archiv 41 (2008) 1, S. 138-146.
Bestellung der Zeitschrift über service@wbv.de,
Homepage: <http://www.wbv.de/deutschlandarchiv/>

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2008.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München
Telefon: 089/13 47 29, Fax: 089/13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2008, Nr.027
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2008/027-08.pdf>